

Archiv  
Verbandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
27. AUG. 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/163

Bonn, den 27. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Wachsamkeit	62

Im Gedenken an den Ausbruch zweier Weltkriege

Von G. Markscheffel

3	Jeder Zentimeter "Staatsgrenze"	40
---	---------------------------------	----

Pankow geht jetzt an die Sportfischer und Schrebergärtner

4 - 7	Vor 25 Jahren - Der Weg zum Krieg (Schluss)	154
-------	---	-----

Die Sprachregelungen der Reichsregierung  
vor Kriegsbeginn 1939

Aus eigenem Erleben und auf der Grundlage  
von authentischem Material dargestellt

von Fritz Sänger, MdB

7	DIE WELT berichtet	20
---	--------------------	----

Keine Koalitionsregierung mit Kommunisten in Griechenland

+ + + + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53. Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 17D  
Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01; App. 319; • Redaktion: (2 18 31; 32) • Telex: 8 886 880  
Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

27. August 1964

Wachsamkeit

Im Gedenken an den Ausbruch zweier Weltkriege  
Von G. Markscheffel

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird zur Erinnerung an den Ausbruch des ersten und zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik, an den Grenzen Deutschlands und im Ausland würdige Gedenkfeiern für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durchführen.

Wenn eine so große Partei, wie die SPD, in dieser Form der schrecklichen Ereignisse gedenkt, die Europa und einen großen Teil der Welt zweimal in einem halben Jahrhundert in Katastrophen stürzten, so will sie damit, entsprechend ihrer Tradition, eine Warnung ausrufen. Sie will deutlich machen, daß Völker- und Rassenhaß, Gewaltherrschaft und der Tod von Abermillionen Menschen nicht nur als "unabwendbares Schicksal", sondern auch als Folge menschlicher Unzulänglichkeit und menschlichen Versagens gesehen werden sollten. Sie will aufrufen zum Erkennen von Fehlern, zum Begreifen eines sich oft über Jahre erstreckenden Mangels an Wachsamkeit, und sie will bewirken, daß die Generationen von heute und morgen nicht wieder in neue Schrecknisse gestürzt werden.

Vor 50 und vor 25 Jahren konnte dieser oder jener sich modern dünkende Erdenbürger noch hoffen, daß er in einem Krieg verschont bleiben werde. Unter den Klängen des Liedes "Eine jede Kugel trifft ja nicht ...", durfte er sich der Illusion hingeben, er werde noch einmal davonkommen.

Sollte heute oder morgen noch einmal zwischen Großmächten ein Krieg entstehen, dann wird es kein Ausweichen mehr geben, dann wird "jede Kugel treffen". Aber selbst, wenn nicht die große Vernichtung kommen sollte, wenn man sich mit sogenannten konventionellen Waffen begnügt, oder den Krieg lokalisiert, wird er jeden einzelnen von uns dennoch berühren. Die Welt von heute und morgen ist ein Ganzes. Ein Nicht-hinsehen oder ein Ausweichen gibt es nicht mehr.

Um so wachsamer müssen wir sein; viel wachsamer, als es unsere Väter und Großväter waren oder sein konnten.

In diesen Tagen haben wir die stenographischen Notizen des Bundestagsabgeordneten Fritz Sänger veröffentlicht, die dieser in den Tagen vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges auf Pressekonferenzen der damaligen Reichsregierung aufgenommen hat. Hier wird gezeigt, wie damals die öffentliche Meinung manipuliert wurde, wie man ein ganzes Volk belog, täuschte und mit den raffiniertesten Methoden auf den Gedanken brachte, "für eine gute Sache zu stehen".

Bei der Lektüre dieser Notizen wird einem kalt, wenn man daran denkt, wie man heute, in der Zeit perfektionierter Nachrichtenübermittlung, nicht nur ein Volk, sondern die ganze Welt belügen könnte.

Dieser Überlegung wird oft das Argument entgegengehalten, die Konkurrenz der großen Nachrichtenagenturen und auch die politische Konkurrenz der verschiedenen Machtgruppen in der Welt sorge für eine Art Regektiv, auch in der Nachrichtengebung.

Das ist nur bedingt richtig. Wie oft wurde in den letzten Wochen die Welt durch eine Falschmeldung an den Rand einer Nervenkrise gehetzt, in der das Versagen einer kleinen Gruppe von Menschen die Katastrophe hätte auslösen können. Bis die konkurrierenden Nachrichten von diesem oder jenem Ereignis durchdrangen, waren meist mehrere Tage vergangen. Selbst Demontis pflegen in der heutigen Zeit nicht unbedingt beruhigend zu wirken, und oft werden sie nicht geglaubt.

Wir wollen mit diesem Hinweis auf die Möglichkeit einer ge-  
wollten Vernebelung der Geister von ungeheuren Dimensionen deut-  
lich machen, daß heute Wachsamkeit und Bereitschaft, die Wahrheit  
zu suchen, als politische Aufgabe vor uns steht. Wenn wir der  
Opfer der großen Katastrophen unseres Jahrhunderts gedenken, soll-  
ten wir wissen, daß wir uns nicht mit Erinnerungen begnügen dürfen;  
wir sollten den Geist schärfen, um gegen alles gewappnet zu sein,  
was uns jemals wieder zur Gedankenlosigkeit verführen könnte. Rich-  
tige Erkenntnisse sind die Voraussetzung für das Meistern vieler  
schwieriger Situationen.

### Jeder Zentimeter "Staatsgrenze"

Pankow geht jetzt an die Sportfischer und Schrebergärtner

sp - Pankow ist nach wie vor bestrebt, die Zonengrenze zur Bundesrepublik in jeder Beziehung zu einer scharf kontrollierten "Staatsgrenze" zu machen. Das gilt nicht nur hinsichtlich der seit langen bestehenden Minenfelder, Stacheldrahtzäune und Wachttürme, sondern jetzt auch für die Festlegung der Grenzlinie, man möchte sagen bis auf den Zentimeter genau. Sicher werden wir in dieser Beziehung in den nächsten Monaten noch mit einigen Überraschungen und Reibungen rechnen können.

### Drei-Meilenzone in der Lübecker Bucht

Vor einigen Tagen fischten drei Lübecker in der Lübecker Bucht unter der ostzonalen Küste innerhalb der Drei-Meilenzone. Sie wurden von einem Sperrboot der "Grenzbrigade Küste" aufgebracht und nach Wismar geschafft. Der Hintergrund war folgender: In einem gewissen Bezirk unter der mecklenburgischen Küste dürfen die Lübecker Fischer aufgrund eines Reichsgerichtsurteils von 1928 fischen. Diese Fischereigerechtsame gilt nur für Berufsfischer, aber nicht für Sportfischer. Die ostzonalen Behörden haben jedoch klar gemacht, dass sie auf die Einhaltung der Drei-Meilenzone bestehen und jeden festnehmen werden, der ohne ihre Erlaubnis dort fischt. Für sie gilt das Reichsgerichts Urteil nicht mehr. Sie bringen alle Fischer auf, die in die Drei-Meilenzone einlaufen.

### Gärten am Stadtrand

Am Stadtrand von Lübeck bei Schlutup befindet sich eine Siedlung mit Hausgärten in Richtung Zonengrenze. Die Siedler hatten im Laufe der Jahre ihre Gärten über die Grenzmarkierungssteine der Zonengrenze hinaus nach Osten ausgeweitet, dort Gemüse und Kartoffeln angebaut und Komposthaufen angelegt. Die Gärten waren so bis zu dreissig Meter über die Grenze hinaus ausgedehnt worden.

Zwar hatten seit langem Beamte des westdeutschen Grenzschutzes die Siedler darauf hingewiesen, dass sie ihre Gärten wieder räumen sollten. Aber vor kurzem erschienen nun Offiziere der Nationalen Volkarmee und bestanden auf die "Wiederherstellung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik". Es kam zu Verhandlungen mit dem Beamten des westdeutschen Zollgrenzschutzes. Man markierte im Unkraut die alten Grenzsteine. Vermessungstruppen erschienen und fixierten den genauen Grenzverlauf. Inzwischen verschwundene Grenzsteine wurden neu gesetzt. Die Siedler sind dabei, ihre verlängerten Gärten zu räumen.

Vor 25 Jahren - Der Weg zum Krieg

Von Fritz Sänger, MdB

(Schluss)

27. August 1939

Die Pressekonferenz beginnt mit dem Satz von Hans Fritzsche: "Wir stehen an einem Punkte, an dem nach einer neuen Art der Aufmachung und nach neuem Inhalt gesucht werden muss." Plötzlich werden die bisher gesperrten Tatsachemeldungen über diplomatische Aktivität vieler Länder freigegeben, "damit das Volk sieht, dass und wie verhandelt wird", Kombinationen dazu werden jedoch untersagt.

Polen bleibt die Spitze der Zeitungen, und alle Meldungen über Kriegsvorbereitungen, Panikstimmung in Polen, innere Unruhen, wirtschaftliche Wirren, Terrormassnahmen usw. sollen nach wie vor erscheinen. - In den Verordnungen über die Ernahrungsbamter taucht überraschend der Ausdruck "Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltungen" auf. Das ist eine Panne und die Presse sollte keine Untersuchungen über den Inhalt des Begriffes anstellen. Italienische Meldungen über Verdunkelungsmassnahmen in Rom werden streng untersagt.

Der Tenor dieses Tages wird in einer Sonderbesprechung dargelegt: Die Regierung will nicht im Wege stehen, wenn eine friedliche Lösung möglich sein sollte. Wir wollen nicht als Kriegstreiber erscheinen.

28. August 1939

Ruhe als "taktische Massnahme"

Jetzt sollen alle Nachrichten über Kriegsvorbereitungen und technische Massnahmen, die in anderen Ländern getroffen werden, gut gebracht werden. Das Material über diplomatische Verhandlungen soll in den Hintergrund treten. (Briefwechsel mit Daladier). - Alle Bilder, die veröffentlicht werden sollen, sind von sofort an vorlagepflichtig.

Es kommt eine Meldung mit einem Dank Hitlers an die alten Soldaten des ersten Weltkrieges und der Aussetzung eines Ehrensoldes für Inhaber höchster Kriegsauszeichnungen. Gut placieren und aufmachen. Oberbefehlshaber des Heeres übernimmt im Reichsgebiet die vollziehende Gewalt. Ein Aufruf soll aber nicht gerichtet werden.

29. August 1939

Die Ruhe der beiden letzten Tage ist durch taktische Massnahmen bestimmt. Darüber sollen keine Betrachtungen angestellt werden. Nur der Führer und Oberste Befehlshaber können Termine und Tempo angeben.

In Zukunft soll der polnische Terror wieder verstärkt gemeldet werden. Wenn der "Völkische Beobachter" heute eine andere Aufmachung gewählt habe, so sei das auf Verabredung geschehen! Keine andere Zeitung habe dazu das Recht gehabt (Rüge für die DAZ). Es sei gleichgültig, sagt Hans Fritzsche, was von den Terrormeldungen geglaubt werde oder nicht, sie müssten auf jeden Fall die Aufmachung der Presse bestimmen, weil damit die Haltung der deutschen Politik kundgetan werde.

Mehrmals ist jetzt in Zeitungen ein angeblich aktuelles Bild des Flüchtlingselendes erschienen. Aber es zeigt eine Winterlandschaft, obwohl wir im Hochsommer sind. Das wird sehr scharf gerügt. Das Ausland habe sich dieser Fanne "liebvoll" angenommen. Die "Konferenzen" und "Besprechungen" jagen sich, und es ist eigentlich ständig jemand von der Redaktion im Propagandaministerium, um zu hören.

Die britische Zeitung "Evening Standard" hat gemeldet, die Reichsregierung sei bemüht, bei ihren Bundesgenossen den Russenpakt als temporäre Massnahme zu interpretieren, die UdSSR habe deshalb die Ratifizierung zurückgestellt. Dagegen soll scharf polemisiert werden. Man müsse sich daran gewöhnen, dass Deutschland alle Konsequenzen aus der Neugestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion zu ziehen entschlossen sei.

England soll anders behandelt werden: nicht "Diskant der schreienden Anklage", sondern "Möllton des Bedauerns". Sachliche Kritik auf der ganzen Linie, aber keine persönlichen Angriffe auf englische Politiker. Die Engländer seien im Grunde an der Versteifung der politischen Situation allein schuld. Es könne sein, dass man vielleicht morgen schon in den anderen Ton zurückfallen müsse. Chamberlain habe den Eindruck entstehen lassen, als schätze er es, dass Hitler auch in dieser Lage sachlich verhandle. Das soll gut unterstrichen werden.

30. August 1939

Den letzten Einsatz wagen

Hans Fritzsche: Wenn im Moment ein Meinungs-austausch in Gange sei, in dem England eine Rolle spiele, dann dürfe man nicht mit dem Knüttel auf dem Kopf der Engländer herumhauen. In der sachlichen Auseinandersetzung unbedingt fortfahren, aber nicht "schimpfernde homerische Helden, sondern beleidigte Urschuld" spielen. Keine Änderung in der Tonart: "Man solle nur nicht glauben, dass irgendwo die Morgerröte des Friedens aufgetaucht sei". Es seien auch keine Verhandlungen im Gange, sondern ein Meinungs-austausch. Verhandlungen könne man vorschmerzen, wenn die Presse weich werde. Die Dringlichkeit einer Lösung könne unterstrichen werden, die seit vielen Jahren anstehe und nun endgültig erreicht werden müsse. Es darf keinen Zweifel an der Entschlossenheit des Reiches geben, den letzten Einsatz zu wagen, wenn die anderen nicht Einsicht haben.

Es kommt die Meldung über die deutsche Mobilmachung. Polnische Mobilmachung habe sie erzwungen. Eine polnische Stellungnahme, man

27. August 1964

habe in Warschau mobilisieren müssen, weil die deutsche Aggression dazu gezwungen habe, soll unbeachtet bleiben. Polen weist auch auf den deutschen Einmarsch in die Slowakei hin und fühlt sich dadurch bedroht. Deutschland habe diesen Schritt getan, weil ein Schutzvertrag ihn vorschreibe. Im übrigen sei der polnische Schritt eine Störaktion gegenüber den englischen Bemühungen um eine friedliche Lösung. Über die Generalmobilmachung in Polen dürfen keine Extrablätter erscheinen. Über die Einrichtung einer deutschen Feldpost nichts berichten.

31. August 1939

Einmarsch

Die Zeitungen werden angewiesen, die Belegschaften der Betriebe heute und auch nachts zusammenzuhalten. Es müsse möglich sein, dass jederzeit eine ausserordentliche Ausgabe jeder Zeitung hergestellt werden kann.

Eine UP-Meldung über die Mobilisierung der britischen Flotte darf nicht gebracht werden. Informationen über die diplomatischen Gespräche werden auch auf eine Frage hin nicht gegeben. Es wird darauf verwiesen, dass in einem polnischen Sender heute in einem Vortrag gesagt worden sei, Polen werde gegen Gewalt auch von sich aus Gewalt setzen. Das heisse, Polen sei entschlossen zum Kriege. (Wer den Vortrag gehalten hat, wurde nicht gesagt!) Das Auswärtige Amt sagt: "Unter Ausnutzung der Kriegsstimmung und überzeugt, dass sie wohl nie wieder die Westmächte in gleicher Weise hinter ihre Interessen bringen können, wollen die Polen offenbar ein vernünftiges Gespräch nicht mehr haben. Die englische Morgenpresse liege so, als ob das letzte Wort nunmehr ausschliesslich vor Deutschland zu sprechen sei. Es komme nur darauf an, nachzuweisen, dass die Polen alles darauf anlegen, einen günstigen Ausgangspunkt zum Losschlagen zu finden."

Dazu Hans Fritzsche: "Vorgestern wollten wir die Tonart gegenüber England leicht ändern, nicht schimpfen, härteste Argumente, keinen Holzhammer. Die englische Presse hat diese Haltung der deutschen Zeitungen offenbar missverstanden. Man glaubte eine Weichheit der deutschen Haltung feststellen zu können. Darum ist es notwendig, die Tonart nun zu verhärten". Dabei könne man die Vorgänge so darstellen: Auf Grund eines Schutzvortrages mit der Slowakei und im vollen Einvernehmen mit der slowakischen Regierung sind auf Grund der Nachrichten über eine Verstärkung der polnischen Truppen an der slowakisch-polnischen Grenze deutsche Truppen in die Slowakei entsandt worden. Diese Darstellung kommt aber nicht als Meldung über OGB. Die polnische Mobilmachung sei nur möglich, weil England Polen den Rücken gestärkt habe. Eine friedliche Lösung werde durch solche Massnahmen unmöglich. Die englische Blankovollmacht trage die Schuld für die Mobilmachung Polens. "Nicht beleidigend werden, nicht schimpfen, aber mit ernstester Worten die Verantwortung England zuschieben".

Letzte Weisung: "Für den Nachmittag sollte technisch alles vorbereitet sein, um die späten Abendblätter auf der ersten Seite vollkommen verändert herausbringen zu können. Ein längerer Text sei dann, wenn überhaupt, zu erwarten."

"Überfall" auf Sender Gleiwitz.

Die Aufklärung bringt die Nacht-Konferenz. Sie beginnt um 23 Uhr und es wird mitgeteilt: Die Polen haben den Sender Gleiwitz überfallen. Dazu anderes Material wie Ratifizierung in Moskau (Russlandpakt), Molotow-Rede (soll begrüßt werden), nicht mit Terrormeldungen zusammenwerfen, sondern in allem Ernst gut aufmachen. In den Kommentaren soll man sagen: Planmäßige Reihenfolge aller Ereignisse, erst Erkundungsvorstoss gegen Gleiwitz, Sprengstoffunternehmungen der Polen, Waffenschmuggel, Niederbrennen deutscher Gehöfte, Überfälle. Die Welt müsse sehen, wohin die Hetzmethoden geführt haben, als man den Polen den Rücken stärkte. Die Disziplin des deutschen Volkes konnte bisher nicht erschüttert werden. Deshalb folgte nun der brutale Angriff in Gleiwitz. Das deutsche Volk werde aber einen nochmaligen Angriff nicht hinnehmen. Bisher sei der Terror nur auf polnischem Gebiet gewesen, jetzt sei er auf deutsches Gebiet übertragen worden. Die sechzehn Vorschläge der Reichsregierung an Polen (dem britischen Botschafter vorgelesen) sollen mit der Überschrift versehen werden: Polen lehrt ab, zu kommen. Das sei eine unerhörte Provokation für die Grossmachtstellung Deutschlands.

\* \* \*

Die Pressekonferenz der Reichsregierung am 1. September 1939 beginnt mit der Weisung: In den Überschriften darf das Wort "Krieg" nicht enthalten sein; wir "schlagen nur zurück".

Und so geschah es.

Schluss

+ + +

DIE WELT berichtigt

Keine Koalitionsregierung mit Kommunisten in Griechenland

sp - In ihrer Ausgabe vom 25. August 1964 hatte DIE WELT auf Seite 3 in einem S p i t z e n kommentar unter der Überschrift ATHEN behauptet, die kommunistische Tarnpartei EDA bilde mit der Zentrumsunion des Ministerpräsidenten Papandreu eine Koalitionsregierung. Natürlich hatte diese falsche Behauptung, zumal sie in einem verhältnismässig kurzen Artikel m e h r f a c h wiederholt wurde, in Griechenland erhebliches Aufsehen erregt. In ihrer Ausgabe vom 26. August 1964 kam DIE WELT einem Berichtigungsverlangen nach und äusserte sich - diesmal auf Seite 4, rechts unten in der Ecke - wie folgt:

"Nicht Koalitionspartner der regierenden Zentrumsunion in Athen ist die kommunistisch gelenkte EDA, wie irrtümlich in der WELT am Dienstag in einem Kommentar geschrieben. Die Zentrumsunion Papandreou verfügt über die absolute Mehrheit im Parlament. Gemeint war eine Linksgruppe innerhalb der Zentrumsunion. Die EDA ist die Ersatzpartei für die verbotenen Kommunisten."

Diese Berichtigung ist - abgesehen von ihrer Platzierung an unauffälliger Stelle - auch wieder nicht richtig. Es gibt zwar in der Zentrumsunion mehrere politische Nuancen, aber keine "Linksgruppe", woher man auch nur annähernd behaupten könnte, sie sei mit der EDA, der Ersatzpartei für die verbotenen Kommunisten, vergleichbar.